

Für den Landkreis Göppingen in Berlin



Ausgabe Nr. 26 Juli 2015

SPD

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

heute ist der Deutsche Bundestag zu einer Sonder-sitzung zusammengekommen. Nun scheint der Grexit vorerst abgewendet zu sein. Das ist gut, denn dieser Weg wäre für alle der teuerste geworden. Aber die Krise ist noch längst nicht bewältigt. Wir Sozialdemokraten wollen weiterhin alles dafür tun um die Europäische Union zusammenzuhalten. Nun muss die griechische Regierung unter Beweis stellen, dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt und notwendige Strukturreformen durchsetzt. Die Probleme sind seit langem bekannt, so müssen Kataster- und Steuerämter aufgebaut und funktionsfähig gemacht sowie das Rentensystem reformiert werden. Eine grundlegende Modernisierung des griechischen Staatswesens ist überfällig.

In meinen Augen war es unklug von der griechischen Regierung, das erste Verhandlungsergebnis abzulehnen. Mit dem Referendum haben sie die Verantwortung für schwierige Entscheidungen auf das Volk abwälzen wollen. Komplexe Probleme lassen sich aber nicht auf ein einfaches Ja oder Nein reduzieren. Als Sozialdemokraten wissen wir: die Wirklichkeit ist vielschichtiger und komplizierter. Jeder Schritt in dieser Krise - egal in welche Richtung - ist mit Risiken und Ungewissheiten verbunden. Niemand kann ganz genau die Konsequenzen der

einzelnen Szenarien abschätzen. Gerade darum sollten wir die Chance nutzen, weiterhin auf dem Verhandlungsweg Perspektiven zu entwickeln anstatt den Grexit einfach geschehen zu lassen. Ich hoffe sehr, dass das vereinbarte Abkommen Griechenland in die Lage versetzt, seine Probleme tatkräftig selbst anzupacken. Dabei wollen wir ihnen solidarisch zur Seite stehen und uns auch für dringend notwendige Investitionen in Griechenland einsetzen.

Ein Europa unter Vorbehalt kann nicht funktionieren und es muss sich gerade in der Krise als Verantwortungsgemeinschaft beweisen. Denn Europa ist das Versprechen von Frieden, Freiheit und gegenseitiger Solidarität. Dafür wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns auch in Zukunft einsetzen.

Eure



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb



Verfassungsschutz kontrollieren

Im November 2011 wurde bekannt, dass eine Gruppe rechtsradikaler Terroristen, die sich selbst als „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) bezeichnete, 14 Jahre lang mehrere Morde und andere schwerste Straftaten begangen hat, ohne dass sie von den Sicherheitsbehörden entdeckt bzw. behelligt wurden.

In der Folge wurde der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages eingesetzt, um die Vorfälle zu untersuchen.

In seinem Abschlussbericht kommt der Untersuchungsausschuss zu der Auffassung, dass die Aufga-

ben und die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden korrigiert werden müssen. Insbesondere die Verfassungsschutzbehörden stehen unter einem besonderen Fokus. Mit dem jetzt eingebrachten Gesetzentwurf werden die Konsequenzen aus dem Untersuchungsausschuss gezogen. Das Zusammenwirken wird effektiver und der Informationsfluss der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern verbessert. Erstmals werden zudem klare Rahmenbedingungen für die Auswahl und den Einsatz von sogenannten V-Leuten geschaffen.



Bildung 4.0

In rasantem Tempo und ungeahntem Ausmaß wurde unser Alltag in den vergangenen Jahrzehnten digitalisiert. Immer mehr Bereiche unserer Gesellschaft sind heute elektronisch vernetzt. Das erleben wir zu Hause, bei der Arbeit oder in der Freizeit:

Computer, Tablet und Smartphone bieten ganz neue Möglichkeiten nicht nur beim Einkaufen, sondern vor allem auch für lebenslanges Lernen. Um sie voll nutzen zu können und einen gerechten Zugang zum Informationsreichtum unserer Gesellschaft zu ermöglichen, muss die Medienkompetenz bei Ju-

gendlichen schon früh gefördert werden. So lernen junge Menschen auch, sich vor Gefahren im Internet zu schützen. In einem gemeinsamen Antrag mit den Unionsparteien haben wir die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die Strategie „Digitales Lernen“ in Zusammenarbeit mit den Ländern und Akteuren aus allen Bildungsbereichen auf den Weg zu bringen. Dazu gehört unter anderem, dass die Geräte bereitgestellt und pädagogische Konzepte für den Einsatz digitaler Medien im Lernprozess weiterentwickelt werden.



Diskussionsveranstaltung 'Fraktion vor Ort' mit den MdB Lars Klingbeil und Heike Baehrens, MdB

Netzpolitik ist Gesellschaftspolitik – *Leben und Arbeiten in der digitalen Gesellschaft*

Dienstag 1. September 2015 um 19.00 Uhr in der Zehntscheuer in Süßen

Bundeswirtschaftsminister Gabriel zu Besuch bei der Lernfabrik 4.0 in der Gewerblichen Schule in Göppingen. Sie ist die erste ihrer Art in Deutschland. Gabriel und sein Stuttgarter Amtskollege Nils Schmid hatten die Schule gemeinsam am 23. Juni 2015 besucht. Foto: Giacinto Carlucci



Gute Krankenhausversorgung garantieren

Demographischer Wandel und medizinischer Fortschritt bringen neue Möglichkeiten sowie neue Herausforderungen für unser Gesundheitssystem. Im Krankenhaus ist das besonders spürbar. Gute Versorgung und Pflege können hier nur gelingen, wenn Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegepersonal nicht dauerhaft überlastet sind. Durch ein Pflegestellenförderprogramm soll es den Krankenhäusern ermöglicht werden, mehr Pflegekräfte einzustellen, z.B. für die Betreuung von demenzkranken und pflegebedürftigen Patienten. Mit einem Strukturfonds sollen die Länder zudem unterstützt werden, notwendige Umstrukturierungen zur Verbesserung der

Versorgung voranzubringen. Die Qualität der Krankenhäuser wird in Zukunft sowohl bei der Krankenhausplanung, als auch über Zu- und Abschläge für besonders gute bzw. schlechte Qualität bei der Bezahlung berücksichtigt.

Diese Maßnahmen sind Teil eines Krankenhausstrukturgesetzes, über das wir vor der Sommerpause in erster Lesung beraten haben und das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Als SPD werden wir uns für noch mehr Pflegestellen stark machen und sind dazu aktuell mit vielen Krankenhausvertretern und Personalräten im Gespräch.



Solidarität in Europa

Ein starkes Europa hält zusammen und fällt nicht in die Einzelinteressen seiner Mitgliedstaaten auseinander. Nur gemeinsam können wir uns um die stetig wachsende Zahl von Menschen kümmern, die in Europa Zuflucht suchen. Gegenwärtig nehmen fünf Mitgliedstaaten gut 70 Prozent aller Asylsuchenden auf. In der letzten Sitzungswoche wurde vereinbart, in den nächsten beiden Jahren die beiden Länder, die die Flüchtlingskrise vor die größten Herausforderungen stellt, Italien und Griechenland, stärker zu entlasten. Auch in Deutschland werden viele Flüchtlinge und Asylsuchender versorgt. Gemeistert werden kann dies nur, indem alle Regionen und alle Ebenen von der Kommune über das Land bis zum Bund gemeinsam die Verantwortung dafür schultern. Der Bund verdoppelt 2015 deshalb seine Soforthilfe für Länder und Kommunen auf eine Milliarde Euro. Ab 2016 wird der Bund dann dauerhaft einen entscheidenden Teil der Kosten für Versorgung, Unterkunft und Integration von Asylsuchenden übernehmen. Um die Asylverfahren zu beschleunigen, stocken wir

das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015 und 2016 nochmals um insgesamt 2000 Stellen auf.

Wir wollen die Menschen unterstützen, sich rasch in ein neues Lebens- und Arbeitsumfeld zu integrieren. Deshalb werden die vom Bund geförderten Sprach- und Integrationskurse künftig für Asylsuchende und Geduldete mit guter Bleibeperspektive geöffnet. Zudem haben wir mit unserem Koalitionspartner vereinbart, dass die Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung für junge Asylsuchende und Geduldete ausdrücklich als Duldungsgrund gelten kann. Das gibt auch den ausbildenden Betrieben in Handwerk und Industrie mehr Rechtssicherheit. Bei meinen Ortsbesuchen sehe ich, dass die größte Leistung diejenigen Menschen erbringen, die sich vor Ort haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit engagieren. Viele von euch und unseren Mitbürgern packen hier gemeinsam an um die neuen Nachbarn beim Ankommen in Deutschland unterstützen.



Termine 20. Juli - 30. Juli 2015

Dienstag, 21. Juli, 15:00 Uhr bis 20:00 Uhr
Informationsgespräche mit Besuchergruppen
im Bundestag

Mittwoch, 22. Juli, 10:00 Uhr

Gespräch zu Pflgethemen
Landesbezirksleitung ver.di

18:00 Uhr

Sommerempfang Verband Region Stuttgart

Donnerstag, 23. Juli, 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Ortsbesuch in Geislingen/Steige

19:00 Uhr

Podiumsdiskussion Europabaum e.V.
Martinushaus Donzdorf

Freitag, 24. Juli, 09:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Ortsbesuch in Lauterstein

18:00 Uhr

Geislinger Hock mit Fassanstich

Samstag, 25. Juli, 18:00 Uhr

Salacher Strassenfest mit Fassanstich

Sonntag, 26. Juli, 09:30 Uhr

15-jähriges Jubiläum
der Polizeihubschrauberstaffel Göppingen

Montag, 27. Juli, 15:00 Uhr bis 19:00 Uhr

Vortrag beim Fachgespräch Prävention
Kassenärztliche Vereinigung Baden-
Württemberg

Dienstag, 28. Juli, 09:30 Uhr bis 14:00 Uhr

Ortsbesuch in Dürnau

14:00 Uhr

Verabschiedung von Oberstudiendirektor
Siegfried Pietrass

Berufsschulzentrum Göppingen

15:30 Uhr

Gespräch mit dem Katholischen Netzwerk
Göppingen "Leben gestalten im Alter"

Mittwoch, 29. Juli, 15:00 Uhr

Fraktion vor Ort mit Dr. Johannes Fechner, MdB
zum Thema Pflege in Lahr und Emmendingen

Donnerstag, 30. Juli, 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Ortsbesuch in Göppingen mit Besuch der Jugend-
arrestanstalt

Sonntag, 02. August, 10:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Sommerfest Ortsverein Uhingen
Ausfahrt mit Oldtimer-Motorrädern

Donnerstag, 30. Juli bis Freitag 11. September

Sommerferien in Baden-Württemberg

Bürgerbüro



Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen



Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 5048274

Deutscher Bundestag



Platz der Republik 1
11011 Berlin



Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159



www.heike-baehrens.de



www.facebook.com/baehrensmdb